

Lesefassung

Satzung der Gemeinde Heinrichswalde über die Erhebung von Gebühren zur Deckung der Verbandsbeiträge des Wasser- und Bodenverbandes „Landgraben“ Friedland vom 19.12.2001

bekannt gemacht im Amtlichen Bekanntmachungsblatt des Amtes Ferdinandshof Nr. 01/2002 vom 28.01.2002

mit eingearbeitetem Beschluss vom 27.06.2002 der 1. Änderungssatzung vom 08.07.2002, bekannt gemacht im Amtlichen Bekanntmachungsblatt Nr. 07/2002 vom 29.07.2002

mit eingearbeitetem Beschluss vom 22.03.2006 der 2. Änderungssatzung vom 22.03.2006, bekannt gemacht im Amtlichen Bekanntmachungsblatt Nr. 10/2006 vom 17.05.2006

mit eingearbeitetem Beschluss vom 15.04.2008 der 3. Änderungssatzung vom 15.04.2008, bekannt gemacht im Amtlichen Bekanntmachungsblatt Nr. 10/2008 vom 21.05.2008

mit eingearbeitetem Beschluss vom 16.04.2013 der 4. Änderungssatzung vom 31.05.2013 bekannt gemacht im Amtlichen Bekanntmachungsblatt Nr. 05/2013 vom 15.05.2013

mit eingearbeiteter 5. Änderung vom 15.12.2015, bekannt gemacht im Internet unter www.amt-torgelow-ferdinandshof.de (Link: Bekanntmachungen am 06.01.2016)

mit eingearbeiteter 6. Änderung vom 13.12.2016, bekannt gemacht im Internet unter www.amt-torgelow-ferdinandshof.de (Link: Bekanntmachungen am 02.01.2017)

mit eingearbeiteter 7. Änderung vom 12.12.2017, bekannt gemacht im Internet unter www.amt-torgelow-ferdinandshof.de (Link: Bekanntmachungen am 14.12.2017)

Präambel

Aufgrund des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der zurzeit geltenden Fassung, des § 3 des Gesetzes über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden (GUVG) in der zurzeit geltenden Fassung sowie der §§ 1, 2, 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes Mecklenburg-Vorpommern (KAG M-V) in der zurzeit geltenden Fassung wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 13.12.2016 folgende Satzung zur 6. Änderung der Satzung der Gemeinde Heinrichswalde über die Erhebung von Gebühren zur Deckung der Beiträge und Umlagen des Wasser- und Bodenverbandes „Landgraben“ Friedland erlassen:

§ 1 Allgemeines

- (1) Die Gemeinde Heinrichswalde ist gemäß § 2 GUVG für die der Grundsteuerpflicht unterliegenden Flächen gesetzliches Mitglied des Wasser- und Bodenverbandes „Landgraben“ Friedland, welche die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung wahrnimmt entsprechend § 63 Abs. 1 Nr. 2 des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG) M-V in der zurzeit geltenden Fassung, in Verbindung mit § 29 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz WHG) in der zurzeit geltenden Fassung. Den Verbänden können gemäß § 4 GUVG weitere Aufgaben obliegen.

- (2) Die Gemeinde hat dem Verband aufgrund des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz – WVG) in der zurzeit geltenden Fassung und der Verbandssatzung Verbandsbeiträge zu leisten, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Die von der Gemeinde zu leistenden Verbandsbeiträge bestehen in Geldleistungen.

§ 2 Gebührenggegenstand

- (1) Die von der Gemeinde nach § 1 Abs. 2 zu leistenden Verbandsbeiträge werden nach den Grundsätzen des § 6 Abs. 1 bis 3 Kommunalabgabengesetz (KAG) durch Gebühren denjenigen auferlegt, die Einrichtungen und Anlagen der Verbände in Anspruch nehmen oder denen die Verbände durch ihre Einrichtungen, Anlagen und Maßnahmen Vorteile gewähren.
Als bevorteilt in diesem Sinne gelten gemäß § 3 Satz 3 GUVG die Eigentümer, Erbbauberechtigten oder sonstigen Nutzungsberechtigten der grundsteuerpflichtigen Grundstücke im Gebiet der Gemeinde, die in den Einzugsbereichen des Wasser- und Bodenverbandes „Landgraben“ liegen.
Grundstück im Sinne dieser Satzung ist grundsätzlich das Grundstück im grundbuchrechtlichen Sinne.
- (2) Zum gebührenfähigen Aufwand gehören neben den Verbandsbeiträgen auch die der Gemeinde durch die Gebührenerhebung entstehenden Verwaltungskosten.
- (3) Zu Gebühren nach dieser Satzung werden Gebührenpflichtige nicht herangezogen, soweit sie für das jeweilige Grundstück an die Verbände selbst Verbandsbeiträge zu leisten haben.

§ 3 Gebührenmaßstab und Gebührensatz

- (1) Die Gebühr bemisst sich nach der Größe und Nutzungsart der Grundstücke im Gebiet der Gemeinde Heinrichswalde, differenziert nach Gebäude und Freifläche und sonstigen anderen Flächen entsprechend Absatz 2 sowie der Satzung und Beitragsumlage des WBV.
Die Grundlage für die WBV-Beitragsumlagen sind die amtlichen ALKIS-Daten oder andere amtliche Auskünfte (Beschlüsse in Flurneuordnungsverfahren / Bodenneuordnungsverfahren).
Soweit eine katasteramtliche Größenfeststellung nicht nachgewiesen werden kann, erfolgt eine sachgerechte Schätzung durch die Gemeinde.
Die Gebührenpflichtigen sind verpflichtet, erforderliche Unterlagen zur Verfügung zu stellen.
Die Eigentümer sind verpflichtet, den Katasterbehörden die entsprechenden Auskünfte auch ohne eine spezielle Aufforderung zu geben.
- (2) Die Gebühr beträgt jährlich erstmalig für das Jahr 2018 für alle im amtlichen Liegenschaftskataster bezeichneten Flächen des Wasser- und Bodenverbandes „Landgraben“ für
- | | |
|--|---------------------------|
| a) Gebäude-, Frei-, Betriebs-, Verkehrsfläche etc. | 0,009594 €/m ² |
| b) Weg, Fahrwege | 0,004365 €/m ² |

c) Waldfläche, Gehölz	0,001917 €/m ²
d) landwirtschaftliche und unbebaute Flächen Brachland, Heide, sonstige Flächen	0,002464 €/m ²
e) Fließgewässer, stehende Gewässer	0,000325 €/m ²
f) Unland, Sumpf	0,001275 €/m ²
g) Vorteilsfläche Schöpfwerksbewirtschaftung	0,000231 €/m ²

§ 4

Gebührenpflichtiger

- (1) Gebührenpflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Entstehung der Gebührenschild Eigentümer, Erbbauberechtigter oder sonstiger Nutzungsberechtigter des Grundstückes ist.
- (2) Bei Wohnungs- und Teileigentümern sind die Wohnungs- und Teileigentümer entsprechend ihrem Miteigentumsanteil gebührenpflichtig.
- (3) Unterliegen Straßen, Wege und Plätze der Grundsteuerpflicht, ist der Träger der Straßenbaulast gebührenpflichtig, soweit nicht § 2 Abs. 3 zutrifft.
- (4) Eigentümer, Erbbauberechtigte oder sonstige Nutzungsberechtigte des Grundstückes sind verpflichtet, alle für die Veranlagung erforderlichen Angaben wahrheitsgemäß und rechtzeitig zu machen. Sie haben bei örtlichen Feststellungen der Gemeinde die notwendige Unterstützung zu gewähren.
- (5) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 5

Entstehung der Gebührenschild, Erhebungszeitraum, Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Gebührenschild entsteht am 01. Januar des jeweiligen Jahres. Erhebungszeitraum für die Gebühr ist das Kalenderjahr.
- (2) Bei erstmaliger Festsetzung ist die Gebühr einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig. Die Festsetzung gilt solange weiter, bis ein neuer Bescheid ergeht. In den folgenden Kalenderjahren ist die Gebühr jeweils am 01.07. des Jahres fällig. Ein neuer Gebührenbescheid ist nur zu erteilen, wenn sich der in § 3 Abs. 2 festgelegte Gebührensatz auf der Grundlage einer Satzungsänderung oder die Bemessungsgrundlagen verändert haben oder wenn ein Wechsel in der Person des Gebührenpflichtigen eingetreten ist.
- (3) Die Gebühr kann im Rahmen der allgemeinen Bescheide über Grundbesitzabgaben (kombinierte Erhebung) durch die Gemeinde von den Gebührenpflichtigen angefordert werden.

§ 6
Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 17 KAG M-V handelt, wer den Bestimmungen des § 3 Abs. 1 Satz 4 und 5 oder des § 4 Abs. 4 dieser Satzung zuwider handelt und es dadurch ermöglicht, Abgaben zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen.
Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000,-EUR geahndet werden.

§ 7
Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung zum 01.01.2018 in Kraft.
- (2) Damit erhält die Satzung vom 19.12.2001 eine Fassung vom 14.12.2017.